

„Guter Ansatz, aber nicht genug“

Mediation zu Wustrower Behinderten-Einrichtungen



Die Teilnehmer der Mediation Runder Tisch Wustrow beurteilen den Mediationsprozess zum Konflikt um Behinderteneinrichtungen in Wustrow und Klennow grundsätzlich als positiv. Aufn.: D. Boick

dm Wustrow. Die Bürgerinitiative „Gemeinsam sicher leben in Wustrow“ hat die Vereinbarung des Mediationsverfahrens Runder Tisch Wustrow nicht unterschrieben. Der Runde Tisch hatte sich auf Initiative der Stadt gebildet, nachdem 2013 eine Frau von einem geistig behinderten Bewohner der Wustrow ansässigen Behinderten-Einrichtung LeBe Mechau vergewaltigt worden war. Die Bürgerinitiative hatte daraufhin die Träger der Einrichtung kritisiert. „Diese Vereinbarung ist ein guter Ansatz, geht aber nicht weit genug“, begründete BI-Sprecher Ulrich Kupfer. Der Bürgerinitiative, der rund 100 Menschen angehören, fehle die Aussage, dass „Gewaltverbrecher, die wegen schwerer Körperverletzung verurteilt wurden und eingesessen haben“, künftig nicht von der LeBe in ihre Wohnheime und Betreuungseinrichtungen aufgenommen werden. Das Ziel der BI, die Betreuung der Bewohner in und außerhalb der Einrichtungen zu verbessern, damit eine solcher Vorfall wie die Vergewaltigung „nie wieder passieren kann“, werde aus Sicht der Bürgerinitiative nicht erreicht, betont Kupfer. Der BI fehlten auch konkrete Kontrollmechanismen, mit denen die zugesagten Veränderungen bei der LeBe überprüft werden können. Es seien viele Sachen aufgeschrieben worden, die rechtlich keine Relevanz haben. Bestimmte BI-Forderungen seien aus rechtlichen Gründen nicht umsetzbar.

Die Mediatorin Barbara Treu von der Organisation Brückenschlag, die das Verfahren leitete, findet es schade, dass die BI

nicht unterschrieben hat: „Das spiegelt nicht den positiven Verlauf der Mediation wider.“ Auch die anderen beteiligten Parteien bewerten die Mediation und die von ihnen unterschriebene Vereinbarung als positiv. „Ich finde, das ist ein gutes Ergebnis“, sagte Wustrows Bürgermeisterin Andrea Heilemann. „Wir hatten die Möglichkeit, unsere Arbeit darzustellen. Es war ein sehr guter Weg“, bilanzierte Thomas Giese von der LeBe Mechau: „Das war der Beginn. Wir wollen künftig so weitermachen.“

Auch Maria Härtle und Klaus-Dieter Böcking haben die Vereinbarung als Vertreter der Wustrower Bürger unterschrieben. Beide hatten sich nach einer Infoveranstaltung der LeBe Mechau mit mehreren hundert Teilnehmern entschlossen, am Runden Tisch mitzuarbeiten, um „eine gemeinsame Grundlage für das künftige Zusammenleben“ zu schaffen, erläuterte Böcking. Das Duo war in einem Vorgespräch zur Mediation zu den Vertretern der Bürger gewählt worden.

BI-Sprecher Kupfer räumt ein, dass man sich näher gekommen sei. Es sei eine Vertrauensbasis hergestellt worden: „Wir haben miteinander gesprochen und uns informiert.“ Für sie seien die Informationen sehr aufschlussreich gewesen, wie die rechtlichen Grundlagen für die Arbeit in Behinderteneinrichtungen sind, sagte Petra Mahneke-Lichtenberg. Einige ihrer Vorwürfe gegen die Einrichtung seien unberechtigt gewesen, räumte sie ein. Für sie bleibe es aber weiterhin nicht einleuchtend, dass die Bewohner solcher Einrichtungen auf

dem geistigen Stand eines Kindes sind, jedoch alle Rechte eines Erwachsenen hätten.

Das Mediationsverfahren begann im September 2013 mit separaten Vorgesprächen der Mediatorin mit der BI, den Bürgern sowie LeBe-Vertretern. Bei den drei gemeinsamen Terminen danach hätten die Beteiligten anfangs heftig miteinander diskutiert, seien die Fronten aufgeplatzt, berichtete BI-Sprecher Kupfer. An diesen Gesprächen nahmen Vertreter der BI, der Bürger, der LeBe sowie der Stadt teil. Parallel dazu trafen sich die BI-Mitglieder intern sowie mit der LeBe. Ein Besuch der Einrichtung in Klennow sowie der „Wustrower Nachmittag“ mit Behinderten und anderen Einwohnern der Stadt hätten entscheidend zur Entspannung beigetragen, betonte Ratsherr Günther Manns.

In der Vereinbarung verpflichteten sich die Unterzeichner zur konstruktiven Kommunikation im Sinne einer praktizierten Inklusion der behinderten Menschen in Wustrow. Dazu werde der offene und direkte Austausch angestrebt und insbesondere bei Problemen konkrete, zeitnahe und persönliche Gespräche. Zudem sind regelmäßige Gespräche zweimal jährlich geplant. Die LeBe verpflichtet sich unter anderem, keine Menschen aufzunehmen, die eine sexuelle Straftat begangen haben oder bei denen aktuell ein Verfahren läuft. Die LeBe habe bereits die Aufnahme von Interessenten für das neue Wohnheim in Wustrow aufgrund dieser Selbstverpflichtung abgelehnt, informierte Theo Wickmann von der LeBe.

Ansprechpartnerinnen:

Bei Beschwerden über die Bewohner der LeBe-Einrichtungen können sich Bürger direkt an Tanja Göwe von der LeBe, Telefon (0160) 1517841, und Petra Mahneke-Lichtenberg von der BI, Telefon (05843) 986710, wenden.